



3. Dezember 2025

Postulat

von SVP-Fraktion

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie sämtliche Daten der Stadt Zürich (insbesondere personenbezogene Daten, Verwaltungsdaten, Gesundheitsdaten, Sozialhilfedaten, Steuerdaten, Bildungsdaten sowie sonstige sensible oder vertrauliche Daten) künftig ausschliesslich auf Rechenzentren und Servern gespeichert und verarbeitet werden, die physisch auf dem Territorium der Schweiz stehen und deren Betreiber nicht ausländischen Gesetzen zur Datenherausgabe mit extraterritorialer Wirkung unterliegen.

Begründung:

Die Stadt Zürich verarbeitet täglich eine grosse Menge hochsensibler personenbezogener Daten ihrer Einwohner. Die derzeitige Praxis, solche Daten teilweise in ausländischen Rechenzentren (insbesondere in den USA oder anderen Drittstaaten) zu speichern, birgt erhebliche Risiken für die informationelle Selbstbestimmung, den Datenschutz und die Datensicherheit. Ausländische Geheimdienste (z. B. durch den US CLOUD Act) können unter Umständen ohne richterlichen Beschluss und ohne Wissen der Betroffenen auf diese Daten zugreifen.¹

Die Schweiz verfügt über ein hohes Datenschutzniveau und eine leistungsfähige Rechenzentrums-Infrastruktur. Eine konsequente Datenstandort-Politik „Schweiz“ ist technisch machbar, finanziell vertretbar und entspricht dem verfassungsrechtlichen Auftrag des Schutzes der Persönlichkeitsrechte (Art. 13 BV) sowie dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit.

Mit diesem Postulat soll sichergestellt werden, dass die Stadt Zürich die Daten ihrer Bürger künftig ausschliesslich dort speichert, wo das schweizerische Recht uneingeschränkt gilt.

¹ Verweis auf schriftliche Anfrage 2025/386

Begleitpostulat zum Antrag 50 Verbesserung um 333'500 CHF auf Konto 2550 SRZ
3133 00 000